Städtebau als staatsbürgerliche Aufgabe der Demokratie

Autor(en): **Marti, Hans**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Das Werk : Architektur und Kunst = L'oeuvre : architecture et art**

Band (Jahr): **45 (1958)**

Heft 1: **Städtebau, Wohnungsbau, Interbau**

PDF erstellt am: **28.05.2024**

Persistenter Link: https://doi.org/10.5169/seals-34987

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.
Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.
Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Ein Dienst der *ETH-Bibliothek*
ETH Zürich, Rämistrasse 101, 8092 Zürich, Schweiz, www.library.ethz.ch

http://www.e-periodica.ch

Hans Marti

Städtebau als staatsbürgerliche Aufgabe der Demokratie

Vortrag, gehalten in der Gesellschaft «Neue Stadt»

Städtebau, Staatsbürger und Demokratie verlangten, wollte man dem Thema auf den Grund gehen, Definitionen, die jede für sich Gegenstand längerer Ausführungen sein müßten. Wir wollen und dürfen hier alle drei Begriffe als bekannt und klargestellt voraussetzen. Daher geben wir uns nur mit der schweizerischen Demokratie, ihrem Aufbau, den Behörden und Ämtern, den Parlamenten und Kommissionen, den Technikern ab, und schließlich befassen wir uns noch mit dem «kleinen Mann» auf der Straße, der das städtebauliche Geschehen im Sinne unserer Bestrebungen als seine Aufgabe betrachten sollte. Der Aufbau unseres Staates – das sei ohne Einschränkung festgestellt – erschwert es, eine komplexe Angelegenheit wie den Städtebau so ins Zentrum des Geschehens zu stellen, wie wir das gerne hätten.

Städtebau als Bestandteil der Raumplanung ist die zusammengefügte Tätigkeit der Öffentlichkeit und der privaten Bauherren, um abgewogene und aufeinander abgestimmte Projekte des Hoch- und Tiefbaus in die Tat umzusetzen, die Rechtspflege in den Dienst von Architektur, Ingenieurwesen und Landschaftspflege zu stellen und dabei Fortschritt und Kultur, auch simple Funktionen wie Verkehr, Arbeit, Erholung und so fort, in Räumen einzufangen, die praktisch, preiswert, solid, hygienisch einwandfrei, endlich auch behaglich und schön sind. Dabei ist aber nicht zu vergessen, daß die dem Städtebau als gedankliches Fundament dienende Raumplanung dem Wandel der Zeit – vielleicht sogar der Mode – ebenso stark unterworfen ist wie die Architektur, daß sich Strömungen bilden und durchsetzen, die von Ideen oder auch nur von einzelnen Persönlichkeiten getragen werden. Es trifft auch zu, daß die Trägerschaft selbst wandelbar ist, jugendlich stürmend, bedächtig abwägend oder weise zurückhaltend, ein Wandel, der sich sogar an *einer* Person vollziehen kann. Wir dürfen, wollen wir auf die staatsbürgerliche Aufgabe des Städtebaus zu sprechen kommen, nie vergessen, wie sehr sich die Zeit wandelt und wie wir selbst uns wandeln. Der uns Architekten so naheliegende Schönheitsbegriff verwandelt sich aber auch; das sei nur nebenbei bemerkt.

Die schweizerische, vom Individuum zur Familie, von dieser zu Gemeinde, Bezirk, Kanton und Bund aufgebaute Demokratie zeichnet sich dadurch aus, daß die Volksrechte (wir behaupten das jedenfalls mit geschwellter Brust) erhalten geblieben sind, daß also nichts geschieht, was das Volk als Souverän nicht will. Dieser Behauptung (oder ist es gar eine Maxime?) ist hier nicht nachzuspüren. Nehmen wir ruhig an, sie sei bewiesen. Wozu werden wir denn sonst jedes Jahr rund zwölfmal an die Urne gerufen, wozu die Gemeindeversammlungen, die Ur- und sonstigen Abstimmungen, die Wahlen in Behörden, Parlamente, Kirchen- und Schulpflegen, die Motionen und Initiativen, die sogar von einzelnen Bürgern eingeleitet werden können, um den ganzen, gelegentlich ach so schwerfälligen Apparat in Bewegung zu setzen!

Wir nehmen die Demokratie ernst und glauben fest an ihren Sinn. Dieses Bekenntnis ist die Voraussetzung der folgenden Überlegungen. Würden wir nämlich unseren durch die Jahrhunderte Schritt für Schritt entwickelten Staat mit seiner Beharrlichkeit nicht ernst nehmen, würden wir das, worin wir wachsen und wirken, als leere Form bezeichnen, so müßten wir sofort aufhören, über die Planung zu meditieren; wir könnten den Städtebau ganz einfach als technische Aufgabe in den Verfügungsbereich von einzelnen Beamten weisen oder ruhig zusehen, wie sich Mächtige des Ranges oder Namens als Städtebauer gebärden oder auch mißbräuchlich Wasser auf ihre Mühle lenken. Wir brauchten gar nicht mehr zu fragen, was das Volk wohl zu sagen oder gar zu bestimmen hätte; es wäre ausgeschaltet und nur noch Mieter, nicht mehr Eigentümer seiner Städte, Dörfer und Weiler. Es müßte benut-

zen, was andere bauen. Schweigen müßten wir lernen und gehorchen, wie heute der Bewohner einer Mietwohnung schweigt und sich duckt, wenn der Hausmeister nicht so will, wie er gern möchte.

Leider – wir streifen mit einem Seitenblick die tatsächliche Situation – sind die Voraussetzungen nicht so fest gefügt, wie der Hirtenknabe glauben möchte. Man kümmert sich bei uns nur noch mangelhaft um staatsbürgerliche Aufgaben; die mageren Abstimmungsergebnisse beweisen die Interesselosigkeit gegenüber Grundfragen unseres Staates. Wenn es um Kultur, Sprache und Denken überhaupt geht, setzt man aus. Bei wirtschaftlichen Fragen, etwa bei der AHV oder bei der Steuergesetzgebung, ist der Schweizer wach. Was kümmert es ihn aber, wenn ein Theaterneubau am falschen Orte geplant wird oder wenn die Autobahnen gemäß höchstem Planungsbeschluß unsere Städte zerschneiden sollen? Das liegt ja noch in so weiter Ferne, daß man noch nicht Stellung beziehen kann. Aber auch Näherliegendes bewegt uns kaum. Hochhäuser, die an bereits überlasteten Straßenkreuzungen aus sogenannt städtebaulichen Gründen bewilligt werden, oder Neubauten im Herzen der Stadt, für die keine Parkplätze oder Garagen verlangt werden, sie lassen uns kühl. Selbst wenn eine Stadtverwaltung ihre mühsam erkämpfte Grünzone unter dem Drucke der Parteien für gewöhnliche Wohnbauten preisgibt, steht der Bürger abseits und nimmt keine Notiz davon, obwohl es doch seine Grünzone ist, die auf dem Altar der Wohnungsnot geopfert wird.

Ich nannte schon die Instanzen, die sich das Volk für die Behandlung der gesetzgeberischen und der technischen Belange des Städtebaus gegeben hat: Parlamente, Exekutivbehörden, Beamtungen und Kommissionen. Außerdem sind Verbände, Vereine, Parteien, die Presse und Individualisten mehr oder weniger von sich aus tätig, entweder aufbauend oder auch nur kritisierend. Das Volk selbst aber befaßt sich kaum mehr mit den Fragen des Siedlungswesens im Stadium des Werdens. (Ich meine hier nicht, das Volk müsse selbst Projekte machen, das wäre ja eine Unmöglichkeit; ich fordere nur, daß es sich in einem frühen Zeitpunkt mit alledem beschäftigt, was schließlich städtebauliche Ausführungen reifen läßt.)

Es lohnt sich, einen Augenblick bei diesen Grundlagen zu verweilen. Einerseits wäre das die Konzeption der Städte, anderseits das werdende Recht, das ihren Bau ermöglichen soll. Die *Konzeption* darf man in deutscher Übersetzung als den Gedankenwurf bezeichnen. Es kann sich dabei nicht um Einzelheiten, nicht um Lösungen für Plätze, Straßen, Wohnsiedlungen, Bauten und so fort handeln, sondern um die Klarstellung der Zusammenhänge, um die Bewertung von Ideen und um die Überprüfung des geistigen Fundamentes, das zum Handeln dient. Es ist zu fordern, daß der Bürger schon dann mitmacht, wenn wir als Techniker gezwungen werden, über die Zusammenhänge nachzudenken, die uns vom Staate her als unverrückbar feste Voraussetzungen gegeben sind: Soziologie oder Gesellschaftslehre; Ökonomie oder Volkswirtschaft; Hygiene oder Gesundheitspflege; Verkehr; Sicherheit; Klima. Dazu – und das ist ein spezielles Anliegen unseres Berufes – *die ARCHITEKTUR,* diese aber mit großen Buchstaben geschrieben – als die Erfüllung des Sehnens nach Ordnung, Schönheit und Behaglichkeit. Wie steht es heute damit?

In den Vordergrund ist aus verständlichen Gründen der Verkehr gerückt worden. Man ereifert sich, debattiert und verbraucht Papier. Man tritt aber an Ort, weil die Verkehrsplanung in der Luft hängt.

Die Ökonomie läßt man gelten, weil sie das Portemonnaie angeht. Steuerfranken und Steuerfuß haben spürbare Folgen, die jeden Schweizer zum Denken anregen.

Hygiene und Sicherheit – hiefür wächst das Verständnis, solange es dabei nicht um klingende Münze geht, die für Sanierungen großen Stils nötig wird.

Das Klima? Hier ein Fragezeichen. Wer kümmert sich schon darum, wenn es verschlechtert wird, das eigentliche Klima oder in der weiteren Bedeutung die Atmosphäre? Wohl reklamiert man, wenn eine Fabrik die Luft verpestet – der Einzelfall wird aufgegriffen –; was wird aber gegen die Verschlechterung der Luft durch Abgase von Automobilen, was gegen Lärm und gegen Hast im Alltag unternommen?

Soziologie – ist man überhaupt daran interessiert, daß die Städte, die wir bauen wollen, das Spiegelbild der Gesellschaft werden, nicht das Zerrbild unserer zerrissenen Zeit, sondern das Haus der Bevölkerung, durchdacht, eingeteilt und geordnet, so wie diese es braucht oder wie sie es gerne brauchen würde. Die Spekulation wuchert.

Wir wehren uns nicht gegen die Massenproduzenten von schlechten Wohnungen. Wir schweigen auch, wenn die Verkehrswege wegen unbedachten Erschließungen lang und unpraktisch werden. Für wichtige Teile des Volkes (ich denke an das Gewerbe) fehlen die Räume. Der Abbruchhammer darf ungestraft am Werk sein. Wo noch billige Arbeitsräume für den Handwerker bestehen, werden sie abgerissen; Ersatz wird keiner geschaffen. Man ärgert sich, wenn die Großunternehmen einen kleinen Mann nach dem andern zermalmen. Getan wird nichts, weder dagegen, noch für die Erhaltung des Gewerbes. Wir träumen von der soliden Bürgerschaft; nur dann, wenn wieder ein Konsum- oder Migrosladen mehr entsteht, der mindestens vier Einzelexistenzen entfernen wird, horchen wir einen kurzen Augenblick auf.

Architektur schließlich, die sich anheischig macht, all das, was hier aufgezählt wurde, und noch mehr – Konstruktion, Form und Farbe – in Räume einzufangen, in denen sich behaglich, bequem, geschützt, wer weiß, vielleicht sogar gut leben ließe – die schert uns schon gar nicht oder höchstens von der äußern Form, der Oberfläche her. Ich ärgere mich immer, wenn ich von der «Architektur» eines Bauwerkes lese. Dachvorsprünge, Raster, Fensterteilungen werden darunter verstanden; dabei ist doch Architektur die Baukunst, die Mutter der Künste, die praktische Anforderungen mit Hilfe gegebener Baustoffe und Konstruktionen in Räume einzufangen versteht, in Räume, die als schön empfunden werden. Wer wagt es, hierüber überhaupt noch nachzudenken, wenn doch hupende Kolonnen aufgestauter Automobile das Versagen der «Städtebauer» laut verkünden? Wer wollte über Proportionen meditieren, wenn die Presse heult und die Behörden antreibt, bis der Amtsschimmel wiehernd etwas galoppiert, um aber bald wieder in einen gemächlichen Trott zu verfallen?

Die Zusammenhänge zwischen Wirtschaft, Wohlfahrt und Kunst, von denen soeben die Rede war, aufzudecken, sie auszubreiten und dem Volke zu erklären, wäre eigentlich Aufgabe einer Akademie, die leider weder bei uns noch in anderen Staaten anzutreffen ist. Diese müßte die Konzeption für unsere Städte liefern, nicht die Stadtplanungsideen, die in der Rangordnung der Aufgaben auf niedrigerer Stufe stehen, selbst dann, wenn einzelne Architekten sie an allen Anfang stellen möchten. Vom Volk ist der Auftrag zu fordern, was zu entwerfen ist, und erst dann können wir den Griffel ergreifen, sonst kommt es – wie im Falle der Verkehrssanierungen – im ganzen Lande zum Debakel. Wer aber ist das Volk? An wen müssen wir uns wenden?

Als zweiten Bestandteil des geistigen Fundamentes nannten wir vorhin das werdende Recht, wobei die Betonung auf *werdend* zu legen ist. Die Bautätigkeit ist durch Jahrtausende gesetzlich geregelt. Bei uns von Baufreiheit zu reden, ist purer Unsinn. Wo sie noch herrscht – Beispiel: Hochhaus Spreitenbach – führt sie zum baulichen Chaos, und dieses steht im Widerspruch zu allem, was wir unter dem Begriffe Kulturstaat oder auch Demokratie verstehen. Baufreiheit zu fordern, dafür aber Gesetze für die Fürsorge, Krankenpflege, Arbeit, Schule usw. in immer schärferer Form zu beschließen, scheint mir

überhaupt nicht diskutabel zu sein. Je feiner die Maschen hier geknüpft werden, umso eher ist es gerechtfertigt, auch für das Bauwesen die entscheidenden Gesetze zu fordern. Man verstehe mich recht: nicht engmaschige Vorschriften mit Zwang sind es, die wir haben müssen, sondern die Grundgesetze der Stadtplanung. Wann endlich wird es möglich, Freihaltezonen im Großen zu planen? Wann können wir Gestaltung verlangen, die den Pfuscher ausschaltet? Wann wird uns Architekten die Verantwortung für das Gebäude des Volkes übertragen, aufgebürdet? Heute baut der Handelsreisende, dem es gelingt, Land zu kaufen und Geldgeber zu finden; er baut sogar Stadtteile.

Gesetze sind niedergelegte oder in Sätzen formulierte Willensäußerungen des Souveräns, die nur er beschließen, abändern oder aufheben kann. Sie ruhen auf allgemein anerkannten Grundsätzen. Diese sind durch Erfahrungen erhärtet und durch Aufklärung verbreitet worden. Der Gesetzgebung muß also die Willensbildung vorausgehen, oder es sollte wenigstens so sein. Deshalb wäre es eigentlich nötig, vor dem eigentlichen Gesetzgebungsakt, also vor der definitiven Paragraphierung, genau zu wissen, was in ein Gesetz aufgenommen werden soll und was noch nicht gesetzesreif ist. Man müßte abklären, welche zeitgemäßen Grundsätze, besser noch: welche in die Zukunft weisenden Forderungen in die Gesetze aufgenommen werden sollen, bevor man sich die Mühe nimmt, die Gesetzesfabrikation anzutreiben. Diese wohl wichtigste Stufe oder Vorstufe wird bei uns leider oft übersprungen. Man setzt sich zu früh an den grünen Tisch, um über Einzelheiten zu debattieren, Paragraphen zu diskutieren und Vorschriften zu verankern, die dann von den Parlamenten oft bedenkenlos angenommen vom Volke aber verworfen werden.

Die erwähnte Vorstufe ist viel wichtiger als das Niederschreiben von Paragraphen. Wenn wir nämlich wissen, *was* wir schreiben sollen, so gelingt uns das Schreiben an und für sich sehr viel leichter, als wenn wir während des Schreibens noch über den Inhalt der Niederschrift nachdenken müssen. Schopenhauer sagt in seiner Schrift über die Schriftstellerei mit Recht: Der richtige Schriftsteller denkt zuerst, und nachher schreibt er, was er gedacht hat – und so sollte es bei der staatlichen Schriftstellerei auch sein.

Wie ist es nun möglich, diese Phase des Denkens oder der *Willensbildung* vor dem Erlaß unserer städtebaulichen Grundgesetze einzuleiten? Wie gelingt es in unserer Demokratie, den Gesetzgeber, also das Volk, rechtzeitig aufzurütteln? Wer könnte übrigens als Repräsentant des Volkes gelten, wer seine Stimme führen, wenn es gilt, Gesetze zu erlassen, die das Bauwesen regeln sollen? Hierüber nachzudenken, lohnt sich bestimmt. Die Methode, wie mit dem Volke zu reden ist, wurde bis jetzt von der Architektenschaft zu wenig oder überhaupt nicht erforscht. Vereinzelt zwar unternimmt man Vorstöße. Einer schreibt Aufsätze, ein andrer hält Vorträge; diese Gruppe veranstaltet Tagungen, jene stellt Ausstellungen zusammen; Film, Radio und Fernsehen werden in den Dienst der Sache gestellt; einer bemüht sich um einzelne Parlamentarier, ein anderer prellt bei Behörden vor. All diese Anstrengungen sind nötig; ihr Sinn kann auch nicht in Zweifel gezogen werden. Was uns dabei bewegt: es ist nicht das Volk, welches seine Meinung äußert, sondern wir sind es, die Apostel, die für die Wiedergeburt des Städtebaus mit mehr oder weniger tauglichen Mitteln werben. Uns interessierte es, zu erfahren, was der einfache Bürger, der Arbeiter, der Radfahrer, der Trambenützer, der Taxichauffeur, der Straßenbahnführer oder die Hausfrauen, die Gewerbetreibenden, die Handwerker und Bauern von unseren Ideen halten. Wir sprechen sie wohl an, lassen sie aber nicht zu Worte kommen. All die, die sich um die Planung und im speziellen um den Städtebau bemühen, führen heute ein inhaltsreiches Selbstgespräch; laut ist es, und überzeugend soll es sein – aber der Gesprächspartner schweigt. In Versammlungen werfen wir ihm zentnerschwere Argumente an den Kopf; er wird von diesen erdrückt und meldet sich nicht zu Worte, weil er Angst hat. Am Radioapparat hört er sich Diskussionen am runden Tisch andächtig an; er kann sich aber nicht am Gespräch beteiligen. Durch die Ausstellungen geht der kleine Mann still und bescheiden, niemand fragt ihn, was er denkt; im Kino muß er sowieso ruhig sein, weil sein Nachbar sonst reklamiert. Wo sind ihm Möglichkeiten geboten, selber Stellung zu beziehen? Wo werden Horcher aufgestellt, die ablauschen, was die Verkehrsteilnehmer von den Verkehrsplanungen halten? Wo kann die Hausfrau sagen, was sie über die Einkaufszentren denkt, was sie von Kinderspielplätzen hält oder was sie sonst bedrückt? Im Grunde genommen, kümmert sich ja niemand darum, ob das, was wir Architekten, Ingenieure und Juristen planen und entwerfen, auch das ist, was das Volk braucht. Nicht einmal die Presse springt hier in die Lücke. Sie unterdrückt sogar Meinungsäußerungen, die den offiziellen oder parteilichen entgegenstehen.

Wie schön wäre es, wenn wir uns mit alten Leuten über ihren Lebensabend unterhalten könnten, wenn wir Lehrer, Kindergärtnerinnen und Pflegepersonal über die Bedürfnisse ihrer Schutzbefohlenen ausfragen könnten. Als Techniker macht man lieber Pläne und erläutert sie, Pläne im eigentlichen Sinne des Wortes oder auch im übertragenen. Wir sind Fachleute und Bestandteile des Volkes, aber wir halten uns abseits oder glauben uns auf höherer Stufe stehend. Wäre es nicht Zeit, wir mischten uns unter die Leute, um zu hören, was sie meinen, wenn keine offiziellen Versammlungen, kein Vortrag mit Bombenreferat, kein Machtanspruch irgendeiner Clique herrscht? Warum teilt man an Ausstellungen nicht Fragebogen aus, die die Leute beantworten dürften? In Versammlungssälen könnte man Urnen aufstellen, in die man Fragen, Forderungen, Beifalls- oder Mißfallenskundgebungen hineinwerfen könnte. In Quartierversammlungen läßt man immer nur Stadträte, Stadtbaumeister und -ingenieure reden und nie die Vertreter von Turnvereinen, Musikgesellschaften, Gewerbe- und Handwerkervereinen, nie Mütter, Hausfrauen, Arbeiter. Dieses Überbewerten der sogenannten geistigen Elite quittiert das Volk – nach meiner Ansicht zu Recht – mit seinem Beiseitestehen, welches es auch in erschreckendem Maße mit mangelhafter Stimmbeteiligung bei Abstimmungen bekundet. Will man das Volk nicht zu Wort kommen lassen, oder hat man nur noch nie gründlich darüber nachgedacht, welche Mittel und Wege da wären, ihm die Zunge zu lösen?

Es war nötig, so vorzugehen, wie bisher vorgegangen worden ist. Wir mußten als Propheten wirken und aufklären; jetzt aber sollte diese Phase überwunden werden. Jetzt sollten wir uns ernsthaft darüber unterhalten, wie wir die Benützer unserer Städte anregen, das, was sie denken, auch zu sagen, damit wir es hören können, damit die, die Paragraphen zu formulieren berufen sind, das niederschreiben können, was zu hören ist. Unser Volk ist im Grunde fortschrittlich gesinnt. Die Baugesetze aber sind oft jämmerlich veraltet!

Wenn wir nun über die Mittel nachdenken wollen, die geeignet sind, das Volk rechtzeitig ins Gespräch einzubeziehen, so sind diese, im Grunde genommen, sehr spärlich: Wort und Bild. Mit Aufsätzen erreichen wir nur einen kleinen Teil der Bevölkerung. In der Schwemme der täglichen Publikationen, die über Politik, Sport und Aktualitäten berichten, gehen unsere ach so trockenen und nüchternen Berichte unter. Nur wenige lesen sie – und die, die sich dazu aufraffen, vergessen den Inhalt bald wieder. Wenn wir uns speziell an Beamte oder Behörden richten und bestimmte Vorschläge machen, so können wir ruhig annehmen, daß sie von den Betroffenen gelesen werden. Wir sind aber auch ebenso sicher, daß sie die Artikel «zu den Akten legen», weil sie genau wissen, wie oberflächlich und vergeßlich die Welt doch geworden ist. Die Flut des Gedruckten ist erdrückend. Uns selber geht es so; es gibt Tage

und Wochen, wo nur noch Titel gelesen werden – eine Tageszeitung ist oft in einer Minute sogenannt «gelesen». Entdeckt man einen Titel, für den man ein gewisses Interesse hätte, legt man das Blatt auf die Seite für «am Sonntag». Ganze Stöße liegen auf der Seite und vergilben, bis sie ungelesen in den Papierkorb wandern. Das geschriebene Wort ist abgeflacht, abgedroschen, entwertet. Eine löbliche Ausnahme machte die Broschüre «Achtung, die Schweiz». Aber heute, zwei Jahre nach ihrem Erscheinen sind die Wogen bereits wieder geglättet, nur in unserem Kreise noch nicht ganz.

Nun, das gesprochene Wort, der Vortrag und das Gespräch. Vorträge nützen nicht viel. Es kommen je länger, je weniger Leute in die Säle, und es sind immer die gleichen. Oft sind es nur noch Besessene oder Fanatiker. Die Vorträge im SIA, BSA, SWB richten sich an Fachleute und leider auch hier immer an die gleichen! Eine Elite ist es, die den Veranstaltungen folgt, eine kleine Zahl von Getreuen, die nicht zu Hause bleiben kann, wenn von Städtebau die Rede ist. Der Vortrag aber ermüdet; man kommt schon müde hin, weil er immer abends stattfinden muß, anstandshalber bleibt man wach und gähnt nur verschämt, und dann geht man nach Hause, froh darüber wieder allein zu sein.

Das gesprochene Wort könnte auch ungezwungen – im Freien – stattfinden. Warum macht man nicht Spaziergänge durch die Altstadt, die Sanierungsgebiete der Jahrhundertwende, die Neubaugebiete unserer Tage, Führungen mit freien Aussprachen, samstagsnachmittags oder sonntags, wo die Leute sehen, hören und Fragen stellen könnten. Heute könnten wir vielleicht darüber nachdenken, ob das mit lebenden Bildern untermalte gesprochene Wort nicht ein geeigneteres Mittel wäre, die Sprache zu lösen.

Das Bild. Auch das Bild ist in unserer Zeit abgeflacht. Das ruhige Bild in den Zeitungen und das bewegte in den Kinos und im Fernsehen. Es geht zwar leicht ein, aber ebenso leicht wieder aus. Hier lange über den Sinn von Bildern nachzudenken, erübrigte sich, wäre nicht der Plan, der unserm Denken sichtbare Form verleiht, ebenfalls zu den Bildern zu zählen. Ich habe die Erfahrung gemacht, daß Pläne überhaupt nichts nützen. Der Grundeigentümer geht hin; er studiert den Plan exakt, er fährt mit dem Finger über das bemalte Papier, bis dieser sein Grundstück trifft. Dann ist er entweder mit dem Plan einverstanden oder erhebt flammenden Protest. Eine andere Wirkung hat der Plan nicht. Der Unbeteiligte, der Mann aus dem Volk kann ihn nicht lesen. Man verlangt von ihm zu große Arbeit – sogar Gebildeten fällt es schwer, unseren abstrakten Plänen eine Vorstellung abzuringen. Die auf Null reduzierte dritte Dimension erschwert ihm das Lesen des Planes; und die von uns eingetragene vierte, die Zeit (die Entwicklungsvorschläge für einen bestimmten Zeitraum), verunmöglicht es ihm vollkommen, den Plan zu lesen. Wir sind gezwungen, das *dreidimensionale* Bild zu wählen und dieses auch zeitlich in Heute und Morgen zu teilen. Bei der viel besprochenen und heute noch diskutierten Zofinger Planung wählte ich dieses Mittel, und ich glaube, daß das positive Abstimmungsergebnis von 1000 gegen 20 Stimmen zum allergrößten Teile von diesem dreidimensionalen Bilde beeinflußt war. Wir wollen uns aber auch vom Modell nicht blenden lassen. Wenn das erklärende Wort fehlt, löst es falsche Vorstellungen aus.

Es sei mir noch erlaubt, hier eine grundsätzliche Bemerkung einzuflechten. All die aufgezählten Mittel – Wort, Bild, Modell – verfehlen ihre Wirkung, wenn sie im Propagandawirbel angewandt werden müssen. Die Aufklärung muß früh und auf breiter Basis beginnen, auch auf die Gefahr hin, daß sich einzelne Spekulanten mit billigen Methoden Schlüsselpositionen ergattern. Wenn das dann entstehende Gesetz wirklich dem Willen des Volkes entspricht, werden diesen Übereiligen die Zügel angelegt wie jedem andern auch.

Diese Ausführungen mögen vielleicht da und dort auf Widerstand oder gar Widerspruch stoßen: Man solle nur gute Projekte machen, das Volk werde sie auch ohne Anstrengungen unsererseits annehmen; das Volk wolle gar nicht darüber nachdenken, dazu seien die Volksvertreter da, und die Behörden mit den Ämtern seien extra dafür gewählt. Es sei auch gefährlich, das Volk ins Gespräch zu ziehen, dieses sei gar nicht in der Lage, die komplexen Zusammenhänge zu verstehen, es wolle sich auch gar nicht mit so schweren Gedanken belasten. Diese Argumentation hat bestimmt viel für sich. Sie ist auch richtig in Demokratien, wo die Kompetenzen alle vier Jahre aufs neue an Volksvertreter bei den Wahlen delegiert werden. In Frankreich, Deutschland, Italien, Holland, Schweden und so fort mag das zutreffen, nur bei uns nicht, denn wir haben uns doch vorbehalten, uns unsere Gesetze also auch die Städtebaugesetze jederzeit selbst zu geben! Hier müssen wir ansetzen. Die Baugesetze bestimmen das Bild unserer Landschaft. Was heute in Paragraphen formuliert wird, wird morgen in Stein und Holz sichtbar und dauernd sichtbar bleiben. Es lohnt sich bestimmt, hierüber nachzudenken, denn die Nachwelt wird nicht fragen, ob wir Mühe hatten, neue Gesetze einzuführen; sie wird uns ganz einfach an unseren baulichen Leistungen bewerten, wie wir unsere Vorfahren nach ihren Bauten zu beurteilen gewohnt sind.